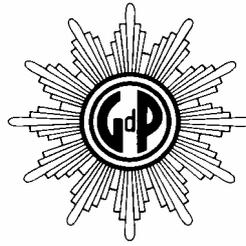


# INFORMATIONEN

Presse, Rundfunk,  
Fernsehen



Gewerkschaft  
der Polizei

<http://www.gdp.de>  
[gdp-pressestelle@gdp-online.de](mailto:gdp-pressestelle@gdp-online.de)

Bundesvorstand

---

## Wir zeigen Deutschlands Regierungschefs jetzt die „Rote Karte“ für Foulspiel in der Beamtenbesoldung!

Mit den bereits beschlossenen und geplanten neuen Sparbeschlüssen und Dienstzeitregelungen der Landesregierungen und des Bundes wird eine neue Phase der Sozialdemontage bei der Polizei eingeleitet. Es steht ein heißer Herbst bevor, erste Aktionen und Demonstrationen in den Landesbezirken haben bereits stattgefunden, weitere sind in Planung.

Mit der Auslieferung der September-Ausgabe DEUTSCHE POLIZEI erhält jedes GdP-Mitglied sein „Instrument“, um seinem Ministerpräsidenten, seiner Ministerpräsidentin, seinem Regierenden oder Ersten Bürgermeister und dem Bundesinnenminister zu zeigen, was er oder sie verdient hat, nämlich die „Rote Karte“.

Der vierseitige, knallrote Folder im Heft trägt den Titel: „Deutschlands Regierungschefs sehen Rot“ und ist auf der Rückseite mit einer aufgeklebten „Roten Karte“ in Postkartengröße ausgestattet. Jede „Rote Karte“ zeigt das Portrait und den Namen des Politikers, der mit seiner Zustimmung zur „Öffnungsklausel im Bundesbesoldungsgesetz“ die soziale Demontage des Polizeiberufes mit zu verantworten hat.

Die „Rote Karte“ ist als Erkennungszeichen für unseren gewerkschaftlichen Protest hervorragend geeignet, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf unsere Aktionen zu lenken.

Bei den Landesbezirken liegen Tausende zusätzlicher Rote Karten bereit, auch in der Größe von Schutzschilden, die auf Demonstrationen getragen werden können.

Worum geht es?

Die einzelnen Landesregierungen haben unterschiedliche Sparmaßnahmen zu unterschiedlichen Zeitpunkten geplant. Ursache dieser Einschnitte ist die „Öffnungsklausel bei der Beamtenbesoldung“. Sie wurde von den Ministerpräsidenten - oft sogar gegen den Rat der eigenen Innenminister und -senatoren - durchgesetzt. Das bedeutet, der soziale Kahlschlag erstreckt sich wie ein großer Flickenteppich über ganz Deutschland.

### Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin  
Telefon: (030) 39 99 21 - 117 - Telefax: (030) 39 99 21 - 190  
Pressesprecher: Rüdiger Holecek, Funktelefon: 0172/7121599

Unser Protest konzentriert sich auf drei Brennpunkte:

### **1. Zunahme des Berufsrisikos**

- Permanenter Aufgabenzuwachs durch zunehmende Kriminalität und internationalen Terrorismus - bei gleichzeitigem Personalabbau.
- Wachsendes Risiko, bei der Berufsausübung verletzt oder getötet zu werden durchzunehmende Gewaltbereitschaft - auch gegenüber Polizeibeamtinnen und –beamten.

### **2. Rückfall in die Provinzialität**

- Bundesländer driften in der Frage des bundeseinheitlichen polizeilichen Erscheinungsbildes (Uniformen, Fahrzeuge usw.) auseinander.
- Keine Einigung auf gemeinsame Standards und Projekte wie Digitalfunk, Realisierung von INPOLneu.

### **3. Dramatische Einkommenseinbußen für alle Polizeibeschäftigten**

- Zusätzlich zum allgemeinen Kaufkraftverlust: Einkommenskürzungen durch Wegfall des Urlaubsgeldes und Kürzungen beim Weihnachtsgeld (13. Gehalt).
- Hinausschieben der Lebens- oder Wochenarbeitszeit ohne Lohnausgleich.
- Restriktionen in der Gesundheits- und Altersversorgung.

**Wir zeigen Deutschlands Regierungschefs  
jetzt die „Rote Karte“ !**